



Auszug aus der Niederschrift über die

6. Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen vom 21. Juli 2025

Beschlussausfertigung

TOP 19

Antrag der Kreistagsfraktionen CDU+, Fraktion BfS/FDP/VR+: "Prüfauftrag zur Rückführung der Aufgaben des kommunalen Jobcenters an die Bundesagentur für Arbeit (Beendigung des Status als Optionskommune)"

- unter Berücksichtigung des Änderungsantrages der Kreistagsfraktion DIE LINKE
Vorlage: A/4/0074

Beschluss: KT 97-06/2025

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Landrat wird beauftragt, zu prüfen,

1. ob und unter welchen rechtlichen Voraussetzungen eine Rückgabe der Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) durch den Landkreis Vorpommern-Rügen an die Bundesagentur für Arbeit möglich ist,
2. welche formellen und politischen Verfahren hierfür notwendig wären,
3. welche Auswirkungen eine solche Rückkehr zur gemeinsamen Einrichtung (gE) mit der Bundesagentur für Arbeit auf Organisation, Personal, Finanzen, Leistungsgewährung und Betreuung der Leistungsberechtigten hätte,
4. ob es vergleichbare Präzedenzfälle anderer Landkreise oder Städte in Deutschland gibt, die vom Optionsmodell zur Bundesagentur für Arbeit zurückgekehrt sind oder dies beantragt haben.
5. Welche Vor- und Nachteile der bisherige und zukünftige Betrieb eines kommunalen Jobcenters im Landkreis V-R gegenüber einer gemeinsamen Einrichtung von BA und Landkreis hat.
6. Welche unmittelbaren Kosten für den Haushalt des Landkreises eine Transformation des KJC in eine gemeinsame Einrichtung hätte.

Das Ergebnis der Prüfung soll dem Kreistag bis zur nächsten regulären Kreistagssitzung vorgestellt werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Stralsund, 22. Juli 2025

Im Auftrag
Landkreis Vorpommern-Rügen
Büro des Landrates und Kreistages
Carl-Heydemann-Ring 67
18457 Stralsund

Dienststelle/Unterschrift